

BUNDESLÄNDER IM VERGLEICH

Thüringen



Politik

Es existiert keine Karenzzeitregelung für Mitglieder der Landesregierung, wenn sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt Tätigkeiten übernehmen, die einen Bezug zu ihrer früheren Tätigkeit haben. Abgeordnete des Thüringer Landtags sind seit 2015 verpflichtet, sämtliche Nebeneinkünfte dem Präsidenten des Landtags schriftlich anzuzeigen. Die Nebeneinkünfte werden in Stufen eingeordnet, wobei die erste Stufe 1.000 bis 3.500 Euro und die höchste Stufe bis zu 250.000 Euro pro Monat umfasst.

Verwaltung

Seit Oktober 2002 gilt eine Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung, die die folgenden Punkte festlegt: Antikorruptionsbeauftragte in allen obersten Landesbehörden, Personalrotation für Dienstposten mit besonderer Korruptionsgefahr, „strenger Maßstab“ für Nebentätigkeitsgenehmigungen und eine „dienstliche Verpflichtung“, konkreten Korruptionsverdacht in der Behörde zu melden. Die Vorschrift über das Annahmeverbot von Belohnungen oder Geschenken gilt in der Fassung vom September 2010. Seit 2010 werden dem Landtag zweijährig Berichte über Verwaltungssponsoring vorgelegt. Das im Koalitionsvertrag vom November 2014 angekündigte Antikorruptionsgesetz liegt noch nicht vor.

Informationsfreiheit

Im Dezember 2012 trat in Thüringen ein Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) in Kraft, das im August 2014 reformiert wurde. Der Zugang zu Informationen gemäß ThürIFG ist stark eingeschränkt. Die Ablehnung von Auskunftsberechnungen kann aus Gründen der Sicherheit, des Schutzes öffentlicher Belange, privater Interessen und des behördlichen Entscheidungsprozesses geschehen. Einfache Informationsauskünfte sind kostenfrei. Für komplexere Anfragen fallen Verwaltungskosten nach dem Kostendeckungsprinzip an.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Lutz Hasse hat im Januar 2016 den Entwurf für ein Transparenzgesetz vorgelegt. Der Koalitionsvertrag von Linken, SPD und Grünen sieht vor, das ThürIFG zu einem Transparenzgesetz weiterzuentwickeln. Der Thüringer Landtag hat der Landesregierung für die Ausarbeitung des Gesetzes eine Frist bis März 2017 gesetzt.

Vergabe

In Thüringen gibt es kein Korruptions- oder Vergaberegister, in dem Sperrungen und Gesetzesverstöße festgehalten werden.

Bevölkerung:	2,17 Millionen (Stand 31.12.2015)
Regierende Parteien:	Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
Sitzverteilung im Landtag:	CDU (33), Die Linke (28), SPD (13), AfD (8), Bündnis 90/Die Grünen (6), partei-/fraktionslos (2), Familie (fraktionslos) (1)
Nächste Wahl:	2019
Regionalgruppe:	Thüringen/Sachsen-Anhalt
Mitglieder:	21

Die Förderung durch das Konjunkturpaket II lief Dezember 2010 aus. Förderwürdige Projekte, die in dem Zeitraum von Januar 2009 bis Dezember 2010 gestartet wurden und im Jahr 2011 abgeschlossen werden sollten, erhielten auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) eine Anschlussfinanzierung.

Bei Liefer- und Dienstleistungen (VOL/A) ist eine freihändige Vergabe im Wettbewerb bis zu einem Auftragswert von 20.000 Euro und eine beschränkte Ausschreibung bis zu 50.000 Euro zulässig. Bei Ausschreibungen für Bauleistungen (VOB/A) ist eine beschränkte Ausschreibung bis zu einem Auftragswert von 50.000 Euro für Ausbaugewerke (ohne Energie- und Gebäudetechnik), Landschaftsbau und Straßenausstattung, für Tief-, Verkehrswege- und Ingenieurbau bis zu 150.000 Euro und für alle übrigen Gewerke bis zu 100.000 Euro durchzuführen. Eine freihändige Vergabe im Wettbewerb ist bis zu einem Auftragswert von 50.000 Euro zulässig.

Hinweisgeber

Steffi Schultz ist die Antikorruptionsbeauftragte im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und nimmt Korruptionshinweise entgegen. Das Landeskriminalamt hat zudem einen eigenständigen Antikorruptionsbeauftragten mit einer behördeninternen Funktion zur Sicherstellung der Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung. Weitere Antikorruptionsbeauftragte gibt es in Landtag, Rechnungshof, Stadtverwaltungen und Landratsämtern. Ein Online-Hinweisgeberportal existiert nicht.

Strafverfolgung

In Thüringen wurde 1998 eine Schwerpunktabteilung zur Bekämpfung von Korruptionsdelikten in der Staatsanwaltschaft Erfurt eingerichtet. Korruptionssachverhalte, die die öffentliche Verwaltung betreffen, können an die Leitstelle Innenrevision des Innenministeriums weitergeleitet werden.

Zivilgesellschaft

Vier Organisationen mit Sitz in Thüringen beteiligen sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Lukas Gawor und Dr. Gisela Rüb |